

Jahrbuch Engagementpolitik 2021

ANSGAR KLEIN, RAINER SPRENGEL, JOHANNA NEULING (HG.)

Zivilgesellschaft in der Corona-Krise und ihre Gestaltungsaufgaben



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**



© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Ansgar Klein, Rainer Sprengel,
Johanna Neuling (Hg.)

Zivilgesellschaft in der Corona-Krise und ihre Gestaltungsaufgaben

Jahrbuch
Engagementpolitik
2021



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Das „Jahrbuch Engagementpolitik“ wird herausgegeben in der Reihe „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“. Herausgeber*innen der Buchreihe sind Michael Bergmann, Dr. Serge Embacher, Birger Hartnuß, Dr. Frank W. Heuberger, PD Dr. Ansgar Klein, Andreas Pautzke, Dr. Thomas Röbbke, Carola Schaaf-Derichs und Brigitta Wortmann im Auftrag des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2021

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohi Design
Redaktion/Lektorat: Johanna Neuling
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-1167-0 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7344-1168-7 (PDF)

Inhalt

Einleitung	7
------------------	---

I. Engagementpolitische Diskurse im politischen Mehrebenensystem

MARKUS MECKEL

30 Jahre Friedliche Revolution	11
--------------------------------------	----

Bund

STEFAN DIEFENBACH-TROMMER

Handlungsrahmen für eine vielfältige und starke Zivilgesellschaft: Ansatzpunkte und Leitplanken für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts	23
---	----

HANS SENDLER

Kooperationskulturen zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft	29
--	----

RAINER SPRENGEL

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt	36
---	----

KATJA GOLLASCH

Überblick zur Open Government Partnership	47
---	----

Europa

FRANK W. HEUBERGER, NINO KAVELASHVILI, MIRKO SCHWÄRZEL

Wem gehört Europa? Zivilgesellschaftliche Teilhabe und die „Konferenz zur Zukunft Europas“	54
---	----

WALTER SCHWIMMER

Der Europarat – das Fundament des gemeinsamen Hauses Europa 63

ANDREAS NICK

Europarat, Demokratie und Zivilgesellschaft 68

Engagementforschung

STEFFI OBER, MARTIN BURWITZ

Zukünfte gestalten: Zivilgesellschaft in Wissenschafts- und
Forschungspolitik beteiligen! 72

ANSGAR KLEIN

Überlegungen zum Begriff der Zivilgesellschaft 84

CHRISTINE ECKES, JANINE DIECKMANN

Engagementförderung und Demokratiestärkung in ländlichen Räumen –
Was sagt die Forschung? 96

FRANK GESEMANN, ALEXANDER SEIDEL

Willkommensinitiativen und Engagementlandschaften für Geflüchtete
in Deutschland: Dynamiken und Verstetigungsansätze seit dem
„Willkommenssommer“ 2015 103

II. Schwerpunktthema: Zivilgesellschaft in der Corona-Krise und ihre Gestaltungsaufgaben

ANSGAR KLEIN

Zivilgesellschaft im Ausnahmezustand: Corona und die Folgen 113

ROLF ALTER, MALTE SCHRADER, RUPERT GRAF STRACHWITZ

Zivilgesellschaft in der Corona-Bewährungsprobe 121

BIRGER HARTNUSS

Engagementpolitik im Zeichen der Pandemie
Wie Länder in der Krise agieren 128

CHARLOTTE RUHBAUM, CAROLINE FRICKE, LARS GROTEWOLD, LILIAN SCHWALB, ANSGAR KLEIN	
Klimaschutz als Gestaltungsaufgabe für die Zivilgesellschaft	137
DANA MILOVANOVIC, TERESA STAIGER, SERGE EMBACHER	
Corona und die Anforderungen der Digitalisierung: das BBE-Projekt „Forum Digitalisierung und Engagement“	144
DIETER REHWINKEL, PETER KUSTERER, ABDOU-RAHIME DIALLO	
Engagement und Anerkennung	149

III. Kalendarium

RAINER SPRENGEL	
Engagementpolitisches Kalendarium	
1. Juni 2019 bis 30. April 2020	159

IV. Aus dem Netzwerk BBE

ANSGAR KLEIN, ANDREAS PAUTZKE, LILIAN SCHWALB, MAREIKE JUNG	
1. Bericht aus dem Netzwerk	175
2. Organisation und Finanzierung der Netzwerkarbeit und eine Übersicht über laufende Projekte	183
3. Veranstaltungsübersicht Juni 2019–Juni 2020	191
4. Überblick über die Publikationen des BBE	195
5. Förderer und Unterstützer	196

Dokumente

Gremien und Besetzung der Themenfelder des BBE	198
Engagementpolitische Positionierung des BBE-Koordinierungs- ausschusses	203
Handlungsbedarfe angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zivilgesellschaft	206

Beschluss des Koordinierungsausschusses (KOA) des BBE zur Konferenz zur Zukunft Europas vom 26.3.2020	209
Gremienmitwirkungen für das BBE	211
Organigramm der BBE-Geschäftsstelle gGmbH 2020	217
Autorinnen und Autoren	219

Einleitung

Unser neuntes „Jahrbuch Engagementpolitik“ gliedert sich in die Bereiche „Engagementpolitische Diskurse im politischen Mehrebenensystem“, das „Schwerpunktthema: Zivilgesellschaft in der Corona-Krise und ihre Gestaltungsaufgaben“, „Kalendarium“ und „Aus dem Netzwerk BBE“.

Die „Engagementpolitischen Diskurse im politischen Mehrebenensystem“ decken das Spektrum von der Bundes- bis zur Europaebene ab. Eingeleitet wird dieser Part mit der Rede von Markus Meckel zu 30 Jahren deutsche Einheit. Inhaltlich legen wir dann ein besonderes Augenmerk auf gesetzliche Rahmenbedingungen und Entwicklungen in den Förderstrukturen. Die Autoren thematisieren Reformziele für das Gemeinnützigkeitsrecht, zielführende Förderkooperationen zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie die Vorgeschichte der neu errichteten Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement (DSEE). Die europäische Perspektive nimmt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sowie die Funktion des Europarates für die Zivilgesellschaft in den Blick. Eine Brücke zwischen Bundesebene, europäischer und internationaler Ebene bildet der Beitrag über Open Government Partnership (OGP).

Eine wichtige Grundlage vernunftgeleiteter Politik ist wissenschaftliche Expertise – das zeigt aktuell die Corona-Pandemie dramatisch. Deshalb bilden die vier Beiträge zur Engagementforschung einen integralen Bestandteil der engagementpolitischen Diskurse im politischen Mehrebenensystem. Die Autor*innen thematisieren die Notwendigkeit einer Partizipation der Zivilgesellschaft in Wissenschafts- bzw. Forschungspolitik, reflektieren grundsätzlich den Begriff „Zivilgesellschaft“ und präsentieren konkrete Forschungsergebnisse zur Engagementförderung und Demokratiestärkung in ländlichen Räumen sowie zu Willkommensinitiativen und Engagementlandschaften für Geflüchtete in Deutschland.

Das Schwerpunktthema dreht sich um Zivilgesellschaft in der Corona-Krise und ihre Gestaltungsaufgaben. Ausdrücklich stehen dabei neben zwei umfassenden Analysen unterschiedliche Handlungs- und Erfahrungshorizonte im Mittelpunkt der jeweiligen Beiträge: die Förderprogramme der Bundesländer, die Herausforderungen des Klimaschutzes für die Zivilgesellschaft, Engagementkampagnen und Digitalisierung der Zivilgesellschaft.

Wie in den vorherigen Jahren berichtet das „Kalendarium“ über wichtige engagementpolitische Ereignisse und Weichenstellungen, insbesondere auf bun-

des- und europapolitischer Ebene. Ebenso werden Fachdebatten vorgestellt, die im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) geführt wurden.

Das „Jahrbuch“ richtet sich an alle, die sich für Engagement- und Demokratiepoltik interessieren bzw. die mit diesen Politikfeldern beruflich oder ehrenamtlich befasst sind. Dies gilt für Akteur*innen aus Verbänden, Stiftungen und Vereinen, aus Ministerien, öffentlichem Dienst, kommunalen Fachstellen für Engagementförderung, aus Freiwilligenagenturen und -zentren, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Mehrgenerationshäusern etc., für Anbieter*innen der Jugend- und Erwachsenenbildung, Entscheider*innen und Berater*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, für Wirtschaft, Politik, Verwaltung, engagementfördernde Unternehmen oder auch für Akteur*innen in Wissenschaft oder Medien.

Auch die neunte Ausgabe des „Jahrbuch Engagementpolitik“ informiert über engagementpolitische Themen, Ereignisse und Diskussionen von bundesweiter oder europaweiter Relevanz. Es nimmt sich dabei grundsätzlich eine Jahresperiode mit dem Zeitraum 1. Juli bis 30. Juni vor. Dabei greift das „Jahrbuch“ auch auf einzelne Beiträge aus dem BBE-Newsletter und den BBE Europa-Nachrichten zurück. Neben der Orientierung auf politische Prozesse und die dort herausragenden Diskurse wird Wert gelegt auf Praxisbezug und Serviceleistung zur Information von Multiplikator*innen. So sollen die Leser*innen im Nachhinein eine kontinuierliche Übersicht über die Weiterentwicklung und die erreichten Ziele der Engagement- und Demokratiepoltik gewinnen. Das „Jahrbuch“ ist ein Instrument, um die im BBE vernetzten Akteur*innen, die Fachöffentlichkeit, Journalist*innen und Entscheidungsträger*innen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft über den State of the Art zu informieren.

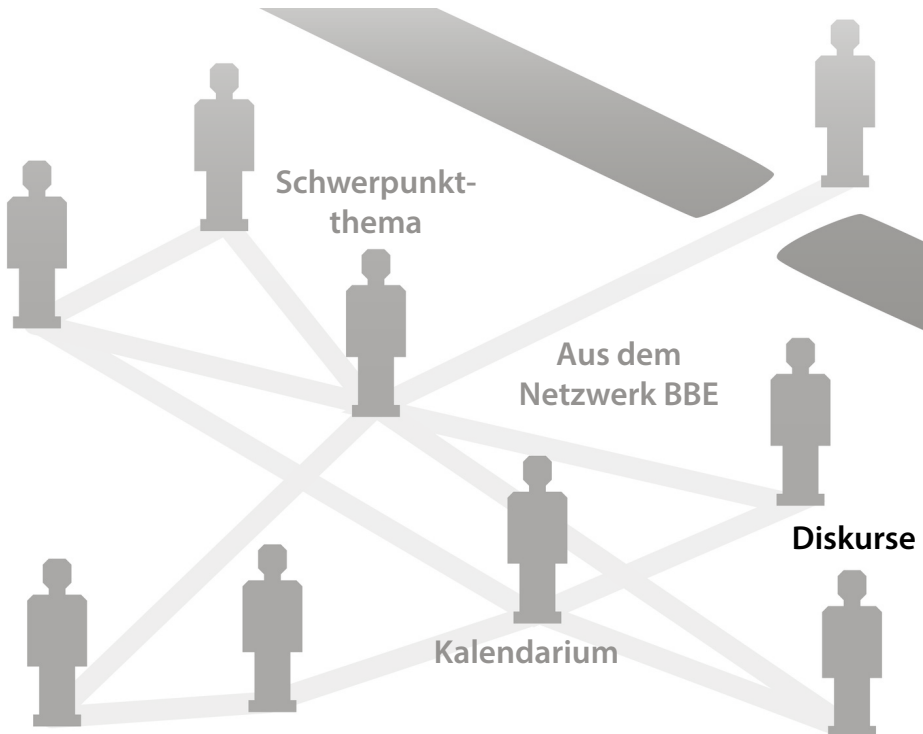
Durch seine thematisch-inhaltlichen wie serviceorientierten Teile soll das „Jahrbuch“ eine unentbehrliche Hilfe für jeden sein, der sich mit Engagement- und Demokratiepoltik beschäftigt. Die Herausgeber*innen hoffen, dadurch zu einer stetigen und fachlich orientierten Weiterentwicklung der Engagementpolitik unter Mitwirkung aller Akteur*innen beizutragen.

Das „Jahrbuch“ wird in enger Kooperation mit dem Wochenschau Verlag erstellt, mit dem das BBE seit dem Jahr 2012 die Buchreihe „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“ herausgibt. Wir danken dem Verlag für die sehr gute Kooperation. Unser Dank gilt natürlich vorrangig den Autor*innen des Bandes.

Berlin, im Juli 2020

PD Dr. Ansgar Klein/Dr. Rainer Sprengel/Johanna Neuling

Diskurse



MARKUS MECKEL

30 Jahre Friedliche Revolution¹

Ich kann Sie nur beglückwünschen zu diesem Fest im Erinnern an die Friedliche Revolution 1989, mit einem Volksfest und einem Gottesdienst, an dem viele von uns vorher teilgenommen haben. Hier wird ernst genommen, dass dies eine Revolution aus der Gesellschaft heraus war, ihr Ausgang war anfangs durchaus ungewiss. Anders als die sogenannte Oktoberrevolution 1917 war sie nicht ein Putsch einer kleinen Truppe von Berufsrevolutionären, welche die Macht eroberten und denen es dann gelang, diese vom Zentrum aus über das ganze Land auszudehnen. Hier wurde auch nicht vergessen, dass die Kirchen damals eine wichtige Rolle spielten, obwohl es der kommunistischen Herrschaft in diesem Teil Deutschlands in der Zeit der DDR gelungen war, die Gesellschaft in hohem Maße zu ent-christianisieren.

Erinnern wir uns an die damalige Situation:

Wir hatten schon seit Jahren wie gebannt auf die Veränderungen in der Sowjetunion unter Gorbatschow geschaut. Wenn in den Jahrzehnten vorher die Sowjetunion die allerorten mit Truppen präsenzte Besatzungsmacht war, die Panzerrollen ließ, wenn Veränderung und das Ausscheren aus ihrem Machtbereich drohten – wie 1953 hier in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei, so wurde sie mit Gorbatschow zu einem Ort der Hoffnung. Glasnost, Perestroika und „Neues Denken“ waren die Zauberworte, denen ganz offensichtlich auch eine neue Realität folgte. Seine Reden machten deutlich, dass hier Neues seinen Anfang nahm. Mit Spannung las ich – damals als Pastor in Vipperow, von hier aus direkt gegenüber, an der Südspitze der Müritz – im „Neuen Deutschland“ jede seiner Reden. Nur dort waren sie nämlich vollständig abgedruckt. Wahrscheinlich war ich der einzige im Dorf, der diese Zeitung freiwillig abonniert hatte. Gorbatschow war es gelungen, Ronald Reagan zu überraschen. Plötzlich trat ihm als Repräsentant des „Reiches des Bösen“, wie er die SU bezeichnet hatte, ein Mann gegenüber, der etwas verändern wollte, der die glo-

1 Der Beitrag ist die Verschriftlichung einer Rede, die am 16. Oktober 2019 anlässlich einer Festveranstaltung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern in Waren gehalten wurde.

balen Herausforderungen ernst nahm und ernsthaft an Abrüstung interessiert war. Und beide rüsteten ab, unerwartet konsequent und gründlich – und schlossen den INF-Vertrag ab, der bis vor Kurzem in Kraft war, bis Präsident Trump ihn kündigte. In seiner Rede vor der UNO im Dezember 1988 verkündete Gorbatschow zum Erstaunen der Weltgemeinschaft die Freiheit der Wahl des sozialen Systems für die Satellitenstaaten, bekannte sich zu den Menschenrechten und zur internationalen Rechtsordnung und erklärte, einseitig eine halbe Million Soldaten aus Mitteleuropa zurückzuholen. Hier eröffneten sich Räume für Veränderung, die genutzt werden mussten.

In Polen hatte das Neue schon 1980 begonnen, mit der Gründung der Gewerkschaft *Solidarność*. Damals ein Wunder, dass dies akzeptiert wurde, eine wirklich unabhängige Gewerkschaft, die in ihren Forderungen weit über die Grenzen gewerkschaftlicher Themen hinausging. Plötzlich trat ein politischer Akteur ins Spielfeld, mit dem niemand gerechnet hatte, aus der Gesellschaft heraus, von unten sozusagen – und nicht durch Reformwillen von oben, wie später bei Gorbatschow oder den Reformkommunisten in Ungarn. Ungarn Ende der 80er-Jahre: Das war ebenfalls eine besondere Erfahrung, die mich staunen ließ, als ich im Herbst 1988 und im Juli 1989 dort war – eine Bewegung in der Gesellschaft und in der herrschenden Partei, dass man sich als DDR-Bürger nur die Augen reiben konnte.

In der DDR dagegen blieb alles beim Alten. Die SED-Führung setzte sich von den Reformen in der Sowjetunion ab und blieb nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in Distanz, die repressive Politik verstärkte sich sogar noch.

Wir hatten in der DDR in den verschiedenen, oft kleinen Gruppen (die zumeist Anfang der 80er-Jahre entstanden waren und die man heute etwas pauschal „Opposition in der DDR“ nennt) unterschiedliche politische und gesellschaftliche Missstände zum öffentlichen Thema gemacht und eine andere Politik gefordert – in der Sicherheitspolitik, in Fragen der Umwelt- und Bildungspolitik und vielen anderen konkreten Fragen. Mecklenburg war damals insofern mit an der Spitze der Bewegung, als es uns hier Anfang der 80er-Jahre gelang, die verschiedenen Gruppen, die sich zumeist in Räumen der Kirche trafen, miteinander zu vernetzen und mit der Kirchenleitungsebene im Gespräch zu halten. Das lief nicht konfliktfrei, aber diese hatten einen klaren Austragungsort, die sogenannte Arbeitsgruppe Frieden, die dann auch mit dem „Friedensnetz“ ein eigenes Informations- und Diskussionsblatt herausgab. DDR-weit geschah diese Vernetzung der größer werdenden Zahl an Gruppen mit dem Delegierten-treffen „Frieden konkret“, das 1983 erstmals in Berlin stattfand. 1985 holten wir es nach Mecklenburg, nach Schwerin, wo wir zwei Neuerungen einführten: Wir

luden nicht nur Friedensgruppen ein, sondern auch solche, die sich mit ökologischen und Entwicklungsfragen beschäftigten, mit Menschenrechten und der Emanzipation von Frauen und andere. Die andere Neuerung war die Wahl eines Fortsetzungsausschusses. Wir wählten Sprecher, die künftig die Verhandlungen mit den Kirchen für die künftigen Treffen führten und die Initiative für eine bessere Kommunikation untereinander ergriffen. Das war dann die Voraussetzung dafür, dass im Frühjahr 1989 bei der Kommunalwahl erstmalig der öffentliche Nachweis der Wahlfälschung gelang.

In den Kirchen, den einzigen Organisationen, die in der DDR wirklich unabhängig und dem unmittelbaren Zugriff des totalitären Staates entzogen waren, in den Kirchen waren die Aktivitäten dieser Gruppen keineswegs unumstritten. Doch nahm die Anerkennung im Laufe der Jahre zu. 1983 hatte der Ökumenische Weltrat der Kirchen auf seiner Vollversammlung in Vancouver in Kanada beschlossen, einen Diskussionsprozess darüber in Gang zu setzen, was die Kirchen angesichts der globalen Herausforderungen von mehr Gerechtigkeit, Frieden und angesichts der Umweltgefährdungen tun könnten. In der Folge wurden wir in diesen Gruppen mit politischen Themen auch von den Kirchenleitungen ein Stück weit ernster genommen. An der sogenannten Ökumenischen Versammlung der Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1988/89 konnte dann eine ganze Reihe engagierter Vertreter dieser Gruppen teilnehmen, welche auch die inhaltliche Arbeit in nicht unwesentlichem Maße mit prägten. Viele dieser Delegierten waren dann im Sommer und Herbst 1989 maßgeblich an der Gründung der verschiedenen demokratischen Initiativen und Parteien beteiligt. Im Herbst 1989 waren dann nicht die Kirchenleitungen wichtig, sondern die engagierten Christen, die sich mit anderen für Veränderung einsetzten – und eben die offenen Kirchen vieler Gemeinden, die zu Zentren der Friedlichen Revolution wurden. Das gilt für Rostock, Schwerin, Güstrow und Waren. Fast überall waren es schließlich Kirchenleute, die die Runden Tische leiteten, weil sie Erfahrung in der Moderation von Gesprächsprozessen hatten und man ihnen vertraute. Sie trugen nicht unwesentlich dazu bei, dass das Prinzip, „Keine Gewalt“ anzuwenden, zu den Markenzeichen dieser Freiheitsrevolution gehörte.

Seit der Gründung der DDR 1949 hatten Millionen das Land verlassen und auch nach dem Mauerbau 1961 war angesichts der vielfältigen Repression der Wille vieler ungebrochen, der eigenen Heimat den Rücken zu kehren. Mitte der 80er-Jahre ließ die SED viele gehen, sie hoffte, damit mehr Ruhe in die Gesellschaft zu bekommen. Ohne Erfolg. Als sich 1989 Wege über Ungarn in den Westen auftraten, verließen allein in den Sommermonaten mehr als 50.000 Men-

schen das Land. Andere suchten ihren Weg über Prag oder Warschau, wo nach der halbfreien Wahl im Juni 1989 eine neue Regierung gebildet worden war mit dem ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki.

Als dann die SED versuchte, diese Wege zu schließen, fanden sich beide gesellschaftlichen Gruppen auf den Straßen wieder – diejenigen, die Veränderung im Land einklagten und die, die eigentlich nur weg wollten, weil sie keine Hoffnung mehr hatten.

Die politischen Gruppen, die sich bisher meist in Kirchen getroffen hatten, gründeten neue demokratische Initiativen und Parteien. Ende August traten wir mit dem Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in die Öffentlichkeit, im September folgten das Neue Forum, Demokratie Jetzt, der Demokratische Aufbruch und andere mehr. Das Land geriet in Bewegung und die Menschen verloren die Angst. Der Wille, die eigene Wirklichkeit in die eigenen Hände zu nehmen, wurde immer stärker.

Als am 9. Oktober in Leipzig 70.000 Menschen auf den Straßen waren, wagte es die SED nicht mehr, die Gewalt gegen die Demonstranten, die es am Wochenende zuvor am 40. Jahrestag der DDR durchaus gegeben hatte, fortzusetzen und zu eskalieren. Die Truppen standen zwar schon bereit, ich habe es in Magdeburg am gleichen Tag erlebt, da standen sie an der Elbe unterhalb des Doms. Nachdem nun aber an diesem Tag dann doch nicht geschossen wurde, wehte der Geist der Zuversicht und der Ermutigung durch das ganze Land.

Auch in Mecklenburg gab es schon früh im Herbst erste Aktivitäten, die aus den Kirchen heraus in die Gesellschaft und auf die Straßen führten. Frauen und Männer verabredeten sich, gründeten sich als regionale Gruppen des Neuen Forums, und bald auch der Sozialdemokratischen Partei. Künstler riefen zum öffentlichen Dialog auf. Ende September gingen Ausreisewillige in Neubrandenburg auf die Straße, Anfang Oktober gab es erste Schweigemärsche in Rostock, heute vor genau 30 Jahren einen größeren, mit einigen Hundert Menschen, hier in Waren. Wir sind vorhin gemeinsam deren Weg nachgegangen.

Die schon bald Abertausenden auf den Straßen schufen den Druck, der die Herrschenden bereit machte zum Dialog, zu Verhandlungen. Ohne den Druck der Straße hätte es die Verhandlungen am Runden Tisch nicht gegeben und nicht die Auflösung der Stasi. Schon am Zentralen Runden Tisch in Berlin, aber auch an den regionalen, begann der Transformationsprozess auf die Demokratie hin. Hier wurde politisch gehandelt, nicht allein demonstriert. Das wird heute oft vergessen!

Wie für viele Ereignisse unserer Geschichte gilt es auch bei der Friedlichen Revolution – das war nicht nur eine Geschichte in den Zentren, sie geschah

nicht nur weit weg, sondern auch in den Regionen, so eben auch in Mecklenburg. Es ist wichtig, auch an die vielen kleinen Geschehnisse in der Region zu erinnern. Denn viele gehörten dazu und waren aktiv, es ist ihre ureigene Geschichte.

Wie alle Veränderung ist auch die Friedliche Revolution nicht vom Himmel gefallen, sondern fing klein an, in jahrelanger kleinteiliger Arbeit. Es ist wichtig, diese lange Vorgeschichte auch hier in Mecklenburg in den Blick zu nehmen. Und das macht bis heute Hoffnung. Wo Menschen Initiative ergreifen, Mut und etwas im Kopf haben und beharrlich bleiben, gibt es Hoffnung. Der Erfolg war nicht vorprogrammiert – aber, das Anfangen der Einzelnen, der oft kleinen, aber wachen Minderheiten, ihr „Die-Initiative-Ergreifen“ war die Voraussetzung dafür, dass etwas geschah und Zukunft sich eröffnete.

Das war damals so und gilt auch heute, ja, ist auch heute vonnöten! Und Herausforderungen gibt es genug. Nichts muss bleiben, wie es ist! Das ist die Botschaft dieses Herbstes, dieser Revolution! Und wenn es damals in der Diktatur gelang, gilt das heute schon lange!

Wenn wir heute nach 30 Jahren zurückblicken, ist es wichtig, festzuhalten, dass es damals nicht nur ein nationales Ereignis war. Die Friedliche Revolution war nicht nur eine deutsche! Man kann sie nicht angemessen erinnern, ohne den Zusammenhang mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei und der Sowjetunion zur Sprache zu bringen. Es war eine mitteleuropäische Revolution – und der Fall der Mauer wurde zu ihrem gemeinsamen Symbol. Deshalb gehören diese europäischen Nachbarn eigentlich zu jeder Feier des Mauerfalls als Gäste dazu.

Dabei erzählt natürlich jeder erst einmal seine eigene Geschichte, das ist legitim. Und doch ergeben erst die vielen Geschichten den ganzen Zusammenhang. George Bush sen. hat am Ende seiner Präsidentschaft das Ende des Kalten Krieges mit den Worten beschrieben: „We won the cold war!“ Ich möchte ihm entgegenhalten: Mit Verlaub, wir sehen das anders! Hier gewann nicht der Westen gegen den Osten. Hier gewannen die Werte, zu denen wir uns auch heute bekennen, weil Menschen sich im Osten auch damals und in den Jahrzehnten zuvor mit manchem Risiko und oft schlimmen Folgen für sich selbst zu diesen Werten bekannten. Übrigens kann man nachlesen, dass Gorbatschow in den Gesprächen des Jahres 1990 immer darauf bestanden hat, dass hier nicht allein von „westlichen“ Werten gesprochen wird, sondern von den universalen. In der Charta von Paris bei der KSZE-Gipfelkonferenz im November 1990 bekannten sich die Staaten des Westens und des Ostens gemeinsam zu diesen Werten. Wir haben sie heute auch im EU-Vertrag von Lissabon für uns verbindlich gemacht.

Mit Schrecken stellen wir fest, dass diese Werte, dass das internationale Rechtssystem und die liberale Demokratie heute neu in der Kritik stehen. Um unserer aller Zukunft willen, müssen wir mit den Kritikern ins Gespräch kommen, dabei aber klar bleiben: Ein Zurückweichen darf es nicht geben, wenn es darum geht, dass die Menschenrechte und die Würde des Menschen jedem gelten. Und auch das Verschieben von Grenzen mit Gewalt werden wir nicht akzeptieren!

Vor 30 Jahren wurde gerade bei unseren östlichen Nachbarn der Ruf laut, man wolle „zurück nach Europa“. Wir sollten dies immer wieder in Erinnerung rufen: Es gibt eine Freiheits- und Demokratiegeschichte in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts auch diesseits, also östlich des Eisernen Vorhangs. Dabei kennen wir sie jedoch heute noch viel zu wenig, und wenn, dann nur unsere je eigenen Erzählstränge, im eigenen nationalen Rahmen. Es gab diese aber auch bei unseren Nachbarn – und dies sollte viel besser erforscht und bewusst gemacht werden, denn es ist wie die Friedliche Revolution Teil der europäischen Freiheitsgeschichte! Hier gibt es großen Forschungsbedarf. Es ist noch viel zu wenig bekannt. Was wissen wir schon voneinander? Wer weiß schon, dass es im Juni 1953 auch in der Tschechoslowakei einen Aufstand gab, und im Juni 1956 auch in Posen? Dass wir uns besser kennenlernen, kommt aber nicht von allein. Wir sollten uns einsetzen für ein Zentrum für europäische Zeitgeschichte mit dem Schwerpunkt auf Opposition und Widerstand im Kommunismus. Warum sollten wir nicht die Forschungskapazitäten der BStU, deren Akten ins Bundesarchiv gehen, dafür nutzen und um europäische Mittel ergänzen, um ein wahrhaft europäisches und langfristiges Forschungsprojekt auf den Weg zu bringen?

Europa kann auch heute nicht so bleiben, wie es ist. Es gibt noch viel Gesprächs- und Regelungsbedarf, nicht nur zur Flüchtlings- und Klimapolitik. Einen solchen sehe ich auch in Bezug auf die Geschichte. Die neuen Mitglieder der EU haben hier in den letzten 15 Jahren manches in Bewegung gebracht und wir müssen die europäische Geschichte immer wieder neu lernen, indem wir uns die Schuhe der anderen stellen und ihre Erfahrungen ernst nehmen. Was die Bewertung des Nationalsozialismus anbelangt, gibt es in ganz Europa weitgehend Einigkeit, beim Kommunismus jedoch sind wir noch weit entfernt davon. Und wo beide zusammentreffen, wie beim Hitler-Stalin-Pakt, verfallen wir meist ins Schweigen. Ein öffentlich begangenes Datum ist das jedenfalls in Deutschland nicht.

Aber auch wir selbst in Deutschland haben recht unterschiedliche Geschichtsbilder, die durchaus wirksam sind. Auch knapp 30 Jahre nach der Vereinigung habe ich den Eindruck, dass für viele im Westen die DDR-Geschichte

immer noch so ein Stück Sondergeschichte ist, eben für Spezialisten oder für die, die eigene Erfahrungen damit haben. Die eigentliche deutsche Geschichte geht bis 1945, von da an im Westen weiter und schließlich ab 1990 gehört auch der Osten wieder dazu. Es ist nicht wirklich ins Bewusstsein gedrungen, dass die deutsche Geschichte zwischen 1945 und 1990 eine geteilte deutsche Nachkriegsgeschichte war, die jede für sich gar nicht verstanden werden kann, sondern nur in ihrem Bezug zueinander.

Und dann geht es natürlich um die Charakterisierung der DDR. Ich denke nur an vergangene Diskussionen darüber, ob die DDR eine Diktatur genannt werden soll. Das ist heute nun weitgehend anerkannt – und der Streit verlagert sich zu der Frage, ob man sie einen Unrechtsstaat nennen soll. Mit Recht wird darauf verwiesen, dass dieser Begriff nicht so eindeutig definiert ist. Es kann ja nicht heißen, dass alles in diesem Staat gesprochene Recht Unrecht war. Das gilt ja nicht einmal für den Nationalsozialismus, denn dann würden zum Beispiel auch die in dieser Zeit geschlossenen Ehen nicht mehr gültig sein oder die Strafen für Kriminelle müssten aufgehoben werden. Ich würde einen Staat Unrechtsstaat nennen, in dem wegen der fehlenden Gewaltenteilung die Herrschenden je nach ihrem Interesse in die Justizvollzüge eingreifen konnten und eingriffen. Wenn aber das die Definition ist, dann war sowohl der NS-Staat als auch jeder kommunistische Staat ein Unrechtsstaat, denn das war vielfältig belegte Realität.

Dabei muss dann gleichzeitig dem Missverständnis massiv widersprochen werden, dass damit das Leben der DDR-Bürger ins Unrecht gesetzt wird. Im Gegenteil, die Zumutungen an die Bürger waren gerade dadurch besonders groß und die Mühen jedes Menschen, ein anständiges Leben führen zu können, waren hier besonderen Belastungen ausgesetzt. Deshalb ist da, wo das gelungen ist, den Menschen gerade besonderer Respekt entgegenzubringen. Ich jedenfalls lasse mir mein gelebtes Leben in der DDR nicht schlecht machen. Wir haben gelebt und geliebt, hatten unsere Freuden und Nöte – es war unsere Jugend, an die ich mich – älter werdend – durchaus gern erinnere.

Natürlich gab es Lasten, die mit dieser Diktatur verbunden waren, und die dürfen wir auch nicht verdrängen – ganz gewiss auch Schuld. Sich dieser zu stellen, ist übrigens immer schwer. Und Schuld gibt es, wo immer Menschen miteinander leben, auch in der Demokratie. Das Leben in der Diktatur erschließt sich jedenfalls nicht, wenn man nur die Kategorien von Opfern und Tätern mitbringt. Übrigens sind gerade auch die Stasi-Akten voller Belege dafür, dass und wie vielfältig Menschen sich gewehrt haben, sich gewiss oft auch durchgewurschtelt haben und eben vielfach nicht haben verführen lassen.

Natürlich gilt es auch hier – wie für den NS-Staat und jede Diktatur, dass jeder zuallererst sich selbst fragen muss, ob und wo er oder sie gefehlt hat, wann man hätte die Stimme erheben müssen. Jedenfalls ist da ein erhobener Zeigefinger von West nach Ost nicht angebracht. Besonders in den 90er-Jahren habe ich im Westen Deutschlands immer wieder bei Reden und Vorträgen darauf hingewiesen, dass ich zutiefst davon überzeugt bin, dass – wie sich in der NS-Zeit gezeigt hat – der Grad der Verführbarkeit und Schuld sich nicht nach Regionen und Himmelsrichtungen bemisst.

Meine Damen und Herren!

Die Friedliche Revolution vor 30 Jahren hat das Tor zur deutschen Einheit aufgestoßen und während dieses ganzen Jahres waren es die DDR-Bürger, die das Tempo des Prozesses beschleunigten.

Dieses Jahr 1989/90 ist nun wahrhaftig nach Jahrzehnten der Diktatur für uns im Osten und der Teilung für uns alle das Glücksjahr der Deutschen. Wir Deutschen wieder vereint, in Freiheit und Demokratie, anerkannt von allen Nachbarn und mit ihnen in gemeinsamen Institutionen verbunden. Wer hätte das damals nur ein Jahr vorher zu träumen gewagt?

Und doch haben wir bis heute keine gemeinsame Meistererzählung über dieses Jahr. Die Perspektiven sind sehr, sehr verschieden.

In Gedenkreden hörten wir in den Jahren immer wieder von den Hunderttausenden mutigen Menschen auf den Straßen, vom Öffnen der Mauer, als hätte die SED dies getan – und dann kamen die Politiker der Westens, allen voran der Kanzler und hat die Einheit gemacht.

Ich finde mich in solchen Reden nicht wieder. Meine Geschichte ist eine andere, und sie geht so:

Erst wurde in einer gewaltfreien Revolution im Zusammenspiel von neuen demokratischen Vereinigungen und den Massen auf den Straßen die Diktatur gestürzt. In einem friedlichen Verhandlungsprozess am Runden Tisch wurde der Unterdrückungsapparat des kommunistischen Systems, die Stasi, ausgeschaltet. Hier wurden die Bedingungen der freien Wahl ausgehandelt. So entstanden das frei gewählte Parlament, die Volkskammer, und die Regierungskoalition, welche das Mandat für Vereinigungsverhandlungen hatten. Beide deutschen Regierungen – zwei demokratische (!) – verhandelten die nötigen Verträge miteinander und mit den ehemaligen Alliierten. Auf dieser Grundlage beschloss die frei gewählte Volkskammer der DDR den Beitritt, der zum 3. Oktober 1990 rechtskräftig wurde. Wenn man diese Geschichte so beschreibt, kann man behaupten – und das ist meine Überzeugung –, dass die Ereignisse dieser Monate in beson-

derer Weise der aufrechte und selbstbewusste Gang der Ostdeutschen in die deutsche Einheit waren. So ereignete sich – von den institutionellen Abläufen her gesehen – der Prozess der deutschen Einheit, wie er kaum besser hätte geschehen können.

Natürlich – und das darf dann auch nicht vergessen werden – ist von dem institutionellen Ablauf der Verhandlungen die Bewertung der konkreten inhaltlichen Ergebnisse zu unterscheiden. Hier kam dann die Überlegenheit der westlichen Verhandlungsführer als erfahrene Politiker ins Spiel, unterstützt von einer ausgezeichneten Bürokratie, und eine Politik, die ihre eigenen Interessen nie aus dem Blick verlor. Es darf auch nicht vergessen werden, dass 1990 die Bundestagswahl bevorstand, was meines Erachtens den Vereinigungsprozess in hohem Maße beeinflusste. Das bewusste Wahrnehmen der eigenen Dominanz führte nicht selten zu fehlendem Respekt. Auch darüber sollte nach 30 Jahren offen gesprochen werden.

Gleichzeitig muss wiederum gesagt werden, dass ein großer Teil der DDR-Bürger diese Verhandlungen selbst nicht schätzte und unterstützte. Sie sahen die Verhandlungen, die wir in ihrem Interesse führten, nur als Verzögerung der Einheit an, sie schienen ihnen verzichtbar, sie wollten die Einheit lieber heute als morgen und versprachen sich davon nicht zuletzt schnellen Wohlstand. Solche falschen Hoffnungen wurden dann im politischen Prozess auch noch zusätzlich genährt. Diese Haltung stärkte nicht gerade die Verhandlungskraft der DDR-Regierung. Diese hatte ohnehin genug Schwierigkeiten damit, ihre gemeinsamen Positionen zu bestimmen. Die Gemengelage in dieser großen Koalition war hoch kompliziert, der Anteil der alten Blockparteien, die bis wenige Wochen vorher noch integraler Teil des kommunistischen Systems gewesen waren, war erheblich. Abstimmungsprozesse waren nicht eingeübt – Koalitionsregierungen hatte es in der DDR noch nicht gegeben. Dazu kam, dass wohl auch berücksichtigt werden muss, dass mancher Verhandlungspartner wusste, er würde mit dem auf der anderen Seite vermutlich in Kürze als Kollege in der gemeinsamen Fraktion oder auch Regierung sitzen ...

Nicht zuletzt war damals dann durchaus auch Ideologie im Spiel. Was aus dem Osten kam, galt als diskreditiert, und seien es die Polikliniken. Alles, was es im Westen gab, schien toll zu sein – und sei es die Hauptschule, die dann ja nach 1990 auch in Mecklenburg noch eingeführt wurde.

Nach dem Zerschlagen der Koalition im August 1990 wurden übrigens die letzten Bestimmungen im Einigungsvertrag gar nicht mehr zwischen den beiden deutschen Regierungen ausgehandelt, sondern zwischen Bundesregierung und Bundesrat. Das führte dann zu einer der besten Entscheidungen dieses Ver-

trages, nämlich, dass man sich zwei Jahre Zeit ließ und die beiden Regelungen zum Abtreibungsrecht in Ost und West jeweils vorerst weiter gelten ließ, bis man gemeinsam eine neue fand. Viele Frauen im Westen sind – sofern es ihnen bewusst ist – heute noch dankbar dafür!

Es ist leider bezeichnend, dass es für diese (hier nur angedeuteten) Dimensionen der damaligen Prozesse bisher weder in der Öffentlichkeit noch in der Forschung ein wirkliches Interesse gibt. Gewiss waren die beiden innerdeutschen Einigungsverträge eine Meisterleistung der deutschen Bürokratie, um eine so völlig anders strukturierte Gesellschaft wie die der DDR in die Strukturen der Bundesrepublik zu integrieren und anzuschließen. Ob und wie weit es auch eine politische Meisterleistung war, steht heute umso mehr zur Debatte. Empathie, Reformbereitschaft und die Bereitschaft zu Neuem waren jedenfalls keine Orientierungen, die sich in den Verträgen wirklich niedergeschlagen haben. Es wäre zu wünschen, dass zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit zu diesen Fragen und der darauf folgenden Transformation der 90er-Jahre ein offener Diskurs entstünde, der von Sachlichkeit und Differenzierung getragen ist. Ich bin sicher, dass sich dann auch zu manchen gegenwärtigen Entwicklungen neue Erkenntnisse gewinnen lassen.

Meine Damen und Herren,

1985, 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, errichteten wir an der Vipperower Kirche einen Gedenkstein. Er trägt folgenden Text:

Gott spricht: Meine Gedanken über euch sind Frieden und nicht Leid.
(Jer. 29,11)

Allen Opfern von Krieg und Gewalt 1933–1945

Ändert euch, so werdet ihr leben. Ez. 18,32

Der Gedenkstein bezog sich nicht nur auf die Opfer des Krieges, sondern auch der Diktatur. Und der letzte Satz, „Ändert euch, so werdet ihr leben!“, ging von der These aus, dass es Kontinuitäten gab aus der Zeit vor 1945 bis in unsere Zeit damals. Kontinuitäten der Anpassung an die jeweiligen Herrscher, Opportunismus, Angst, aber auch von Denk- und Verhaltensweisen, etwa die Ausgrenzung von Andersdenkenden, das Denken in Freund-Feind-Kategorien. Die Stasi und die staatlichen Stellen reagierten deshalb allergisch.

Wenn wir nicht allzu selbstgerecht zurückschauen, sollten wir uns auch heute fragen: Gibt es da vielleicht auch heute noch Denk- und Verhaltensweisen in Kontinuität, die auch heute eine Änderung nötig machen? Und vielleicht nicht nur bei Menschen, die heute die AfD wählen?

Wieweit sind die liberalen Werte der Demokratie, für die wir vor 30 Jahren kämpften, wirklich verankert in unserer Gesellschaft?

Wie offen sind wir selbst in dieser potenziell offenen Gesellschaft?

Wieweit suchen wir mehr Ruhe und Ordnung und meiden den manchmal notwendigen Streit? Was halten wir von Kompromissen? Akzeptieren wir sie als Grundlage einer demokratischen Kultur oder glauben wir, dass ein mit dem Kopf durch die Wand gehen Zeichen einer besonderen Charakterstärke ist?

1987 machten wir in Vipperow beim Abschluss des jährlich stattfindenden sommerlichen Friedensseminars ein ganztägiges Rollenspiel zur Konstituierung von Recht. Es ging uns darum, die Grundlagen der Demokratie, die Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit ins Bewusstsein zu bringen. Denn wir hatten den Eindruck, dass die These von Karl Marx, dass Recht das Instrument der herrschenden Klasse ist, ziemlich tief in den Köpfen verankert war. Oder vielleicht noch ist?

Die Bedeutung des Rechts scheint mir bis heute oft unterschätzt zu werden, und zwar in seiner doppelten Dimension, (1) als Grundrecht, das jedem Menschen in seiner Würde gilt, wie (2) als Gemeinschaftsrecht, das unser Zusammenleben regelt. Vielleicht müssen wir in Deutschland, aber mehr noch in Europa über diese Dimension der Demokratie noch viel mehr reden. Nicht nur im Blick auf manche Nachbarn ist festzuhalten: Demokratie ist nicht allein der Wille der Mehrheit zur unbegrenzten Machtdurchsetzung, sie lebt von der Anerkennung des staatliche Gewalt einschränkenden Rechts, von einer politischen Kultur, in welcher der andere und Andersdenkende, der Schwache, der Fremde und auch Minderheiten in ihrer Würde geachtet werden. Diese mit Rechten ausgestattete Würde des Menschen (und nicht allein der Deutschen!) zu achten und zu schützen, ist gerade die vornehme Aufgabe eines jeden Staates.

Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes ist damals vor 30 Jahren die deutsche Einheit vollzogen worden. Damals bin ich dafür eingetreten, dass wir Deutschen in Ost und West uns dann noch einmal mit diesem Grundgesetz befassen und darüber verhandeln – und es dann nach intensiver Diskussion und möglicherweise mit einigen Änderungen als unsere gemeinsame Verfassung beschließen. In diesem Jahr nun haben wir das 70-jährige Grundgesetz gefeiert. Gleichwohl hat die Große Koalition beschlossen, es zu ändern und ihm die Anerkennung von Kinderrechten hinzuzufügen, was ich sehr begrüße.

Im nächsten Jahr werden wir Ostdeutschen nun auch 30 Jahre eigene Erfahrungen mit dem Grundgesetz gemacht haben – und ich finde, es sind keine schlechten. Ich kenne keine Verfassung, die ich ihm vorziehen würde.

Deshalb stelle ich die Frage: Wozu brauchen wir dann noch den Art. 146, der immer noch im GG steht, in dem es heißt, dass dieses so lange gilt, bis das deutsche Volk sich eine Verfassung gibt?

Ich möchte abschließend den Vorschlag machen, dass wir in einem Jahr, zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit, unser Grundgesetz zu unserer Verfassung machen – und den Art. 146 streichen.

Und wer vorher noch etwas ändern möchte, suche sich Verbündete und bringe es in die Diskussion.

Ich bin jedenfalls überzeugt, dass unsere Hymne, die uns die Bedeutung von „Einigkeit und Recht und Freiheit“ ins Gedächtnis ruft, gemeinsam mit diesem Grundgesetz uns eine gute Verfassung sind, die zu verteidigen, die in konkretes Leben umzusetzen, aller Mühe wert ist.

Ich danke Ihnen.